



Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Herrn Klaus Vossemer MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1035

A05

20. März 2023
Seite 1 von 3

Aktenzeichen:
5
bei Antwort bitte angeben

Ina Brandes

Sitzung des Hauptausschusses am 23.03.2023
TOP 03 „Wie sieht die Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung aus?“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die SPD-Fraktion hat den o. g. Bericht beantragt. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen


Ina Brandes

Anlage

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 896-4338
Telefax 0211 896-4555
poststelle@mkw.nrw.de
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)



**Schriftlicher Bericht
der Ministerin für Kultur und Wissenschaft
an den Hauptausschuss**

Seite 2 von 3

„Wie sieht die Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung aus?“

Politische Bildung trägt wesentlich zur Stärkung einer freien und offenen Gesellschaft bei. Ihre Grundlage ist das Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Gerade dort, wo diese freiheitliche Demokratie gefährdet ist, muss die politische Bildung ansetzen. Es gehört daher zu den Kernaufgaben der politischen Bildung, Präventionsarbeit zu jeglicher Form von Extremismus zu leisten. Neben dem drängenden Problemfeld des Rechtsextremismus sind der religiös begründete Extremismus und Linksextremismus von Bedeutung. Zunehmend gehören auch Projekte zur Aufklärung über Verschwörungsmysmen, Rechtspopulismus und rechtspopulistische Strategien zum Aufgabenfeld der politischen Bildung. Die Landeszentrale für politische Bildung bietet deswegen zahlreiche Angebote zur Information über rechten, linken und religiös motivierten Extremismus und Demokratiebildung an.

Die Stärkung der Extremismusprävention, insbesondere der Rechtsextremismusprävention, ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Dies bezieht die Weiterentwicklung der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus und die Stärkung der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus explizit mit ein. Über die Diskussion des Evaluationsberichts der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus (Drs.-Nr. 18/727) ist das Ministerium für Kultur und Wissenschaft mit dem Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus und den Beratungsstellen über Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus im ständigen Austausch. Überlegungen, wie die Extremismusprävention inhaltlich und organisatorisch gestärkt werden kann, stehen aktuell noch am Anfang. Für das Haushaltsjahr 2023 wurde zur Stärkung der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus der Baransatz um 600.000 Euro sowie die Verpflichtungsermächtigung um 1,2 Millionen Euro erhöht. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft bereitet aktuell das Bewilligungsverfahren mit dem Ziel vor, die aufgrund der nennenswerten Erhöhung der Beratungsfallzahlen und der damit deutlich gestiegenen Arbeitsbelastung der Beratungsstrukturen notwendige Verbesserung der Personalausstattung bei den Beratungseinrichtungen zu ermöglichen. Mit der Umsetzung der Maßnahme wird zugleich eine Empfehlung des Evaluationsberichts aufgegriffen.

Zur weiteren Stärkung der Arbeit der gesamten Landeszentrale wird die Landesregierung einen Beirat einrichten, der sich aus Vertreterinnen und



Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzen wird. Seine Aufgabe wird es sein, aktuelle Themen aus dem wissenschaftlichen Diskurs und öffentlichen Debatten aufzugreifen und die Arbeit der Landeszentrale darüber mit innovativen Ansätzen und Ideen zu unterstützen. Derzeit wird ein erster Vorschlag zur Konzipierung eines solchen Beirats erarbeitet.

Seite 3 von 3

Eine Stärkung der Kernkompetenzen der Landeszentrale muss sich an qualitativen Fragestellungen und Gesichtspunkten orientieren. Davon ausgehend findet derzeit ein Prozess der Überprüfung und Neuentwicklung von Projekten im Sinne des Koalitionsvertrags statt. Bewährte Maßnahmen wie z. B. die Demokratiewerkstätten, die Zusammenarbeit der politischen Bildung mit der kulturellen Bildung, Vorbereitungen zu Projekten im Vorfeld der Europawahl, Projekte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern zur Stärkung der Demokratie in unserer Gesellschaft und auch die Erarbeitung des Demokratieberichts werden selbstverständlich fortgeführt und auch ausgebaut. Im Fokus neuer Projekte stehen insbesondere Maßnahmen, die sich an junge Menschen richten, sowie digitale Formate.

Mit Beschluss zum Haushalt 2023 hat der Landtag für die Landeszentrale für politische Bildung Ausgaben in Höhe von 15.781.400 Euro eingewilligt. Der Ausgabenrahmen für das Haushaltsjahr 2024 wird mit der Verabschiedung des Haushalts durch den Landtag Ende dieses Jahres festgelegt.